

Bundesbank-Chef das 140-Milliarden-Ziel des Finanzministers. Pöhl voller Mißtrauen: „Man kann nur hoffen, daß die von der Bundesregierung beschlossenen Eckwerte auch realisiert werden.“

Und wenn nicht? Dem Wirtschaftsfestival 1991 wird die Schuldenmacherei gewiß nicht schaden, im Gegenteil. Die Vereinigungs-Konjunktur ist ohnedies ein Boom auf Pump: Gefeierte wird jetzt, bezahlt wird später.

Bundestag

Nicht mal mit Rollschuhen

Abgeordnete erster oder zweiter Klasse? Die Karlsruher Verfassungsrichter sollen der PDS Fraktionsstatus sichern.

So stellte sich Ursula Fischer ihren Bonner Job nicht vor. Als Kinderärztin am Maxim-Zetkin-Krankenhaus in Nordhausen hatte die 38jährige immer dafür gesorgt, daß „Ordnung“ im Laden herrschte. Jetzt soll sie ähnliches in der Bundeshauptstadt vollbringen – als Abgeordnete und Parlamentarische Geschäftsführerin der PDS im Bundestag.

Das ist gar nicht so leicht. Während Ursula Fischer zwischen Weihnachten und Neujahr im fast menschenleeren Regierungsviertel um Räume und Büroausstattung kämpfte und Mitarbeiter einstellte, stand noch nicht einmal formal fest, für wen sie sich da abrackerte: für 17 auf sich allein gestellte Neu-Abgeordnete aus dem Osten? Oder bilden sie zusammen die Gruppe der PDS-Abgeordneten? Oder dürfen sie sich sogar als Fraktion, alle Vorteile inbegriffen, im ersten gesamtdeutschen Bundestag konstituieren?

Um die Frage, ob den Neulingen aus der ehemaligen DDR – neben den SED-Nachfolgern um Gregor Gysi geht es auch um den traurigen Rest von Bündnis 90 und Grünen – der Fraktionsstatus zugesprochen werden soll, hat in Bonn ein heftiges Gezerre begonnen. Der „Hinhaltetaktik“ (Ursula Fischer) der etablierten Parteien überdrüssig, reichte die PDS am Freitag vor Weihnachten Klage beim Bundesverfassungsgericht ein. Per einstweiliger Anordnung sollen die Karlsruher Rich-

ter den Neuen zu Fraktionsrang verhelten.

Alle Volksvertreter werden zwar in freier und gleicher Wahl bestimmt, doch wirklichen Einfluß auf die Parlamentsarbeit bekommen sie erst, wenn sie sich als Fraktion zusammenschließen können. Nur Fraktionen haben Sitz und Stimme im Ältestenrat, können mitbestimmen über Tagesordnung und Redezeit. Wer keiner Fraktion angehört, hat kein Stimmrecht in den Ausschüssen, in denen die eigentliche Parlamentsarbeit geleistet wird, und kann keine Gesetzesentwürfe im Bundestag einbringen.

Ohne Fraktionsstatus bleibt man ein Nichts auf dem Bonner Parkett. Der Fraktionsstatus ist nicht nur eine „Art



PDS-Abgeordnete Fischer
Kampf um Räume und Mitarbeiter



PDS-Chef Gysi: Lästige Konkurrenz für die Linke

Arbeitserlaubnis“ (*Süddeutsche Zeitung*), er bedeutet auch bares Geld. Knapp 90 Millionen Mark Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt genehmigten sich die Bundestags-Parteien im Jahr 1990. Ohne diesen staatlichen Geldsegen, über dessen Verwendung die Empfänger allein entscheiden, liefe nichts im Bonner Bundesthaus.

Ein Anlauf im Parlament ist kläglich gescheitert. Während der ersten Sitzung im Berliner Reichstag mochten Union, FDP und SPD nicht entscheiden; sie schoben die Fraktions-Frage an den Ältestenrat des Bundestages weiter. Dabei steht längst fest: An der Geschäftsordnung des Bundestages, wonach erst fünf Prozent der Volksvertreter (bei 662 Sitzen also 34) eine Fraktion bilden können, will die große Koalition der Bonner Parteien nicht rütteln lassen. „Wir übernehmen“, schmetterte Fischers FDP-Kollege Torsten Wolfgramm Änderungswünsche ab, „diese Geschäftsordnung heute ohne jeden Abstrich und auch ohne jede Änderung.“

Dabei hatte gerade Wolfgramms Parteifreundin Hildegard Hamm-Brücher die Großen in Bonn aufgefordert, „endlich über den eigenen Schatten zu springen und für Fairness und Chancengleichheit zu sorgen“. Falls weder die ungeliebten SED-Erben noch die ansonsten allseits geschätzten Bürgerrechtler eine eigene Fraktion bilden könnten, gäbe es, so warnte die Liberale, die aus dem Parlament ausscheidet, „Abgeordnete erster und zweiter Klasse“.

Damit wollen sich die Habenichtse aus den neuen Bundesländern nicht abfinden. Ihr Argument: Das Bundesverfassungsgericht habe wegen der besonderen Situation der Parteien aus der ehemaligen DDR eine getrennte Fünf-Prozent-Klausel für die Wahlgebiete im Osten wie im Westen durchgedrückt. Gleiches Recht müsse deshalb auch im Bundestag gelten: Zur Fraktionsbildung reichten danach fünf Prozent der Mandate aus den neuen Bundesländern. Mit 8 Sitzen würden Bündnis 90/ Grüne gerade noch eine eigene Fraktion bilden können, die PDS mit ihren 17 Mandats-trägern sowieso.

Die alte Geschäftsordnungsregel dagegen sei, empört sich die Bürgerrechtlerin Ingrid Köppe, eine „neue Hürde“. Die Abgeordnete vom Bündnis 90 verbittert: „Man sagt uns immer wieder, dieses Hürdenspringen, das wir nun



Ex-DDR-Bürgerrechtler im Bundestag*: Demokratie als Hürdenspringen

ständig vollziehen müssen, sei Demokratie, aber wir bezweifeln das.“ Die Geschäftsordnung müsse auch „ein Spiegelbild des demokratischen Selbstverständnisses dieses Parlaments“ sein und regle nicht nur „den vielbeschworbenen ordnungsgemäßen Ablauf“.

Die Alt-Parteien wissen, daß sie die Neuen nicht völlig leer ausgehen lassen dürfen, wollen sie nicht Einspruch aus Karlsruhe riskieren. Den Christliberalen schwebt ein Modell vor, das die PDS in der Zeit zwischen dem 3. Oktober und der Bundestagswahl am 2. Dezember bereits ausprobierte: SED-Erben wie Bürgerrechtler könnten jeweils eine „Gruppe“ bilden. Dafür ist nach der Geschäftsordnung keine Mindestgröße vorgeschrieben.

Die Gruppen könnten bei der Geldverteilung wie bei der Vergabe der Redezeit im Plenum großzügig bedacht werden. Im Ältestenrat und in den Ausschüssen wären sie zumindest als Beobachter mit Rede- und Antragsrecht vertreten – natürlich immer nur von Gnaden der Etablierten.

Wo für die Union die Grenze verläuft, hat ihr Parlamentarischer Geschäftsführer Friedrich Bohl klargestellt: Den Betrieb dürften die PDSler nicht stören. Er sehe nicht ein, „daß die PDS uns nun ständig mit namentlichen Abstimmungen oder ähnlichem drangsaliert“.

Den Sozialdemokraten geht es vor allem darum, einen lästigen Konkurrenten auf der linken Seite des Hauses klein zu halten. Sie schreckt die Vor-

stellung, die PDS, mit ihrem beredten Fraktionschef Gysi in der ersten Reihe, könne ihnen die Schau stehlen. Dafür nimmt die SPD auch fragwürdige Konstruktionen in Kauf.

Die Abgeordneten von Bündnis 90/Grüne, so schlug SPD-Geschäftsführer Peter Struck vor, könnten als „die eigentlichen Träger der Revolution“ bevorzugt behandelt werden. Die Geschäftsordnung läßt mit „Zustimmung des Bundestages“ auch eine Fraktion mit weniger als 34 Mitgliedern zu. Was den Bürgerrechtlern zugestanden würde, könnte man allerdings der PDS nicht vorenthalten.

Sicher ist aber auch, daß Mini-Fraktionen in Bonn schnell an ihre Grenzen stoßen. CSU-Landesgruppenchef Wolfgang Bötsch über den Wunsch der Neuen, in allen 21 Ausschüssen dabeizusein: „Das schafft ihr nicht einmal mit Rollschuhen.“

Bundeswehr

Auf dem Tiefpunkt

Hochgerüstet, aber schlecht bezahlt: Unter den Offizieren der ehemaligen NVA wächst die Wut.

Gemütlich war's und bieder. In einem Besprechungsraum des Bonner Wehrministeriums ließ Verteidigungsminister Gerhard Stoltenberg für die Spitzenleute seines Amtes Plätzchen und andere Süßigkeiten reichen. Zugreifen durften die Inspektoren von Heer, Luftwaffe und Marine und die

Leiter der zivilen Abteilungen des Ministeriums.

Gerhard Stoltenberg wollte die besinnliche Jahresendstimmung nicht durch Entscheidungen stören. Deshalb weiß Generalleutnant Jörg Schönbohm, der „Befehlshaber Bundeswehrkommando Ost“, noch immer nicht, wie er im neuen Jahr einen „geregelten Dienstbetrieb“ in den Kasernen der ehemaligen Nationalen Volksarmee (NVA) der DDR garantieren soll.

Dem General fehlt nach Nato-Richtlinien ausgebildetes Personal, um die immensen Vorräte an Waffen und Munition der NVA ordnungsgemäß zu bewachen. Und bei den Leuten, die ihm zur Verfügung stehen, ist laut einem vertraulichen Vermerk des Bonner Führungsstabs der Streitkräfte die „psychologische Situation auf einem Tiefpunkt“.

Die Soldaten der ehemaligen Nationalen Volksarmee fühlen sich durch die Bestimmungen des „Einheitsvertrags“ benachteiligt, degradiert zu Soldaten zweiter Klasse. Die Stimmung der Truppe „ist im Keller“, so ein Flieger-Oberstleutnant.

Mehr als 33 500 Offiziere und Unteroffiziere der zuletzt einschließlich wehrpflichtiger Rekruten 80 000 Mann starken NVA wollte Stoltenberg in die Bundeswehr übernehmen. Doch bis Weihnachten hatten sich lediglich 10 000 Mann für eine „Probezeit“ (Stoltenberg) von zwei Jahren beworben.

Zur Jahreswende sollten die „Längerdienster“ der ehemaligen NVA mitteilen, ob sie im Nato-Oliv der Bundeswehr weiter bei den Streitkräften bleiben oder ausscheiden wollen: Wer geht, bekommt ein Abschiedsgeld von maximal 7000 Mark; wer bleibt, muß damit rechnen, nach der Probezeit ohne Abfindung entlassen zu werden.

Zudem wird der Soldat (Ost) schlechter besoldet als der „Berater“, den die Bundeswehr (West) ins „Beitrittsgebiet“ entsandt hat. „Kein Wunder“, schimpft der Vorsitzende des Bundeswehrverbands, Rolf Wenzel, „daß sich die Leute beschweren.“ Beim Wehrbeauftragten des Bundestages wurden bis Weihnachten rund 500 Eingaben aus der einstigen Volksarmee eingesandt.

Kritisch wird es für Stoltenbergs Ost-Truppe zur Jahreswende. In etlichen Bataillonen der Ex-NVA verläßt „Schlüsselpersonal“ (Schönbohm) die Truppe. In manchen Bereichen, so ein Hardthöhenvermerk, sei die „Führungsfähigkeit gefährdet“.

Soll heißen: Wo keine Ex-NVA-Offiziere mehr kommandieren, läuft nichts mehr. „Wie soll ich die Streitkräfte zusammenführen, wenn die Spezialisten weg sind“, fragt Schönbohm.

Der General sorgt sich vor allem um das Rüstungsgut, das er bewachen lassen muß.

* Hinten: Wolfgang Ullmann, Konrad Weiss, Klaus-Dieter Feige, Gerd Poppe, Werner Schulz; vorne: Christine Schenck, Ingrid Köppe, Vera Wollenberger.